

2657/J XXI.GP
Eingelangt am:04.07.2001

Anfrage Dringliche

der Abgeordneten Mag. Kukacka, Haigermoser
und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend gewalttätige Demonstrationen gegen den Gipfel des
Weltwirtschaftsforums in Salzburg

gemäß § 93 Abs. 1 GOG

Am vergangenen Wochenende fand in Salzburg der Wirtschaftsgipfel statt, an dem eine Reihe wichtiger in- und ausländischer Politiker, auch aus der EU teilnahmen.

Insbesondere nach den besorgniserregenden Ereignissen in Göteborg gab es in der Öffentlichkeit berechtigte Befürchtungen, dass es zu gewalttätigen Ausschreitungen durch die linksextremistische Szene sowohl aus dem Inland aber auch aus dem Ausland kommen würde. Um Ausschreitungen nach Möglichkeit zu verhindern, wurde für die Zeit vor dem Gipfel sogar das Schengener Durchführungsübereinkommen außer Kraft gesetzt, um durch Kontrollen an den Staatsgrenzen gewaltbereite Aktivisten zu finden und an der Einreise nach Österreich hindern zu können. Daß diese Kontrollen notwendig waren, beweist der Aufgriff von vierzig Personen in Bayern, die versucht hatten, mit Eisenstangen und sonstigen Geräten zum Gipfel nach Salzburg anzureisen. Die Beispiele von Davos, Göteborg, Prag und anderen Veranstaltungsorten des WEF haben die Gefahr, die von den zu erwartenden Demonstranten, Anarchisten und linken Gewalttätern ausgehen, deutlich gezeigt. Diese Gefahr wurde auch durch die Beschlagnahme von gefährlichen Gegenständen (Molotow - Cocktails, Schlagstöcken etc.) unterstrichen.

Die Kundgebung war nur als Standdemonstration angemeldet. Dennoch verließ ein Teil der Demonstranten jedoch gegen 16.00 Uhr den Bahnhofsvorplatz und marschierte - nicht genehmigt - in Richtung Kongreßhaus. Gegen 17.00 Uhr eskaliert sodann die Gewalt. Linke Demonstranten werfen Flaschen und Steine und schlagen mit Fahnenstangen auf die Polizeibeamten ein. Um etwa 18.00 Uhr kesselt die Polizei sodann die Demonstranten ein. Nach Verhandlungen gelingt es sodann, einige Demonstranten zu einem freiwilligen Abzug zu bewegen. Der letzte Rest der gewaltbereiten Demonstranten, unter denen Demonstranten der Wiener

Opernballdemo erkannt worden sind, konnte sodann gegen Mitternacht zum Bahnhof gebracht und mit einem Sonderzug nach Wien abgeschoben werden.

Bei den Demonstrationen kam es durch die Gewaltanwendung von Demonstranten zur Verletzung mehrerer Exekutivbeamter. Im Zuge der Demonstration wurden mehrere Personen festgenommen, einige der etwa 200 amtsbekanntesten Randalierer wurden angezeigt.

Demokratiapolitisch äußerst bedenklich ist es, daß es im Rahmen der Vorbereitung der Demonstration offenbar zu einer Zusammenarbeit von Teilen der SPÖ und der Arbeiterkammer mit gewalttätigen und kommunistischen Gruppierungen gekommen ist. Nicht nur, daß VSStÖ, die SJ und GRAS an der Demonstration mitmarschierten, die Spitze der SPÖ bzw. der Grünen hat auch gar nichts gegen die Teilnahme ihrer Teilorganisationen an dieser gewalttätigen Demonstration unternommen. Offenbar haben SPÖ und Grüne keinerlei Berührungängste und Hemmungen, mit den kommunistischen Demonstranten zu kooperieren, die das KPÖ - Heim in der Elisabethstraße als Drehscheibe der Proteste und als Zentrale der Globalisierungsgegner eingerichtet hatten. Besonders fragwürdig ist aber auch der Umstand, daß AK - Mitarbeiter in ihrer Dienstzeit und in den Räumlichkeiten der AK bei der Herstellung von Plakaten gegen das WEF mitgewirkt haben.

Bezeichnend für die Nähe der SPÖ und der Grünen zu den Demonstrationen ist auch der Umstand, daß Bürgermeister Schaden nach Ende der Demonstrationen gesagt haben soll, daß er die meisten Demonstrationsteilnehmer, unter ihnen Schwaighofer, Dr. Hüttinger und Ellensohn gekannt habe.

Dank gebührt jedenfalls den Beamten, die durch ihren unermüdlichen Einsatz dazu beigetragen haben, daß es in Salzburg nicht zu solch gewaltbereiten Szenen wie in Göteborg gekommen ist. Auch der Initiator des Salzburger Weltwirtschaftsgipfels Schwab hat den Einsatz der Exekutive gelobt.

Im Hinblick darauf richten die unterfertigten Abgeordneten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wie war die Kundgebung gegen das WEF angemeldet?
2. Haben sich die Befürchtungen auf Ausschreitungen und Gewaltakte durch die linke Anarchoszene bewahrheitet?
3. Wie stellte sich aus ihrer Sicht der polizeiliche Einsatz dar?
4. Wie viele Beamte und welche Einsatzmittel standen im Einsatz?

5. Waren die Ausrüstungsgegenstände und Einsatzmittel ausreichend und der Situation angepasst?
6. Welche Kosten hat dieser polizeiliche Einsatz verursacht?
7. Wie viele Polizei - und Gendarmeriebeamte, wie viele Demonstrationsteilnehmer und wie viele Unbeteiligte wurden im Zuge des polizeilichen Einsatzes verletzt?
8. Was wurde von der Exekutive unternommen, um Unbeteiligte gegen die Demonstranten zu schützen?
9. Welche materiellen Schäden an öffentlichem und privatem Eigentum sind im Rahmen "European Economic Summit" entstanden?
10. Werden Sie die Frage, wie Schadenersatzansprüche des Bundes nach Demonstrationen durchgesetzt werden könne, rechtlich prüfen lassen?
11. Wie viele Festnahmen, gegliedert nach Nationalitäten, wurden ausgesprochen?
12. Wie viele gefährliche Gegenstände, gegliedert nach ihrer Art, wurden beschlagnahmt?
13. Wie erfolgte die Zusammenarbeit mit den ausländischen Sicherheitsdienststellen?
14. Wie erfolgte die Zusammenarbeit mit dem Bundesheer?
15. Hat sich die temporäre Wiedererrichtung der Grenzkontrollen bewährt und wie viele Amtshandlungen, gegliedert nach der Art des Einschreitens, sind angefallen?
16. In welcher Weise wurde sichergestellt, dass nur Teilnehmer am Wirtschaftsgipfel und in der Umgebung der Veranstaltungsorte wohnende Menschen Zugang zu den Veranstaltungsorten hatten?
17. Wurden nach dem Sicherheitspolizeigesetz vorgesehene allgemeine Anordnungen getroffen, damit die Sicherheitsbehörden den zu erwartenden Gefahren lagen wirksam begegnen konnten?
18. Durch welche Maßnahmen konnte die Anzahl gewaltbereiter Personen aus dem Ausland im Vergleich zu ähnlichen Anlässen (z. B. Göteborg, Davos, Prag) beim Wirtschaftsgipfel so gering gehalten werden?
19. Das Versammlungsrecht wird häufig in einer Weise in Anspruch genommen, wie etwa auch zuletzt in Salzburg, dass auch unbeteiligte Menschen davon betroffen werden.
Inwieweit stehen solche Aktionen mit dem Gesetz im Einklang?

20. Kam es im Laufe der Demonstration/bei Festnahmen zu Interventionen von Abgeordneten des Nationalrates?
21. Waren an den Ausschreitungen auch Mitglieder der Sozialistischen Jugend beteiligt?
22. Welche Rolle spielte eine Gruppe von Kurden, die an der Demonstration teilnahm?
23. Welche Rolle spielte der Bürgermeister der Stadt Salzburg im Zuge der Demonstration?
24. Treten Sie dafür ein, daß in Hinkunft Personen, deren Aufmachung darauf ausgerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern, die Teilnahme an Demonstrationen verboten sein soll („Vermummungsverbot“)?

Die unterfertigten Abgeordneten verlangen, daß diese Anfrage gemäß § 93 Abs. 1 GOG dringlich behandelt und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung gegeben wird.